



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Unterbezirk Bremen-Stadt

BESCHLUSSBUCH DES PARTEITAGES VOM 20. NOVEMBER 2022 IN DER GESAMTSCHULE OST

Beschlüsse:

A15 BREMER ECKPUNKTE FÜR DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Antragsteller: Unterbezirksvorstand

A16 BEBAUUNG REMBERTI-QUARTIER

Antragsteller: OV Altstadt-Mitte

A18 EINFÜHRUNG DER IMPFPFLICHT FÜR BESCHÄFTIGTE IM BILDUNGSRESSORT SOWIE IN DER KINDERBETREUUNG UND SCHULBILDUNG TÄTIGE ERWACHSENE IM LAND BREMEN

Antragsteller: OV Osterholz

A19 BRUTPLÄTZE SCHAFFEN UND SCHÜTZEN

Antragsteller: OV Schwachhausen-Nord

A20 FORDERUNG NACH EINER WÜRDIGEN GEDENKSTÄTTE FÜR DIE VERSTORBENEN ZWANGSARBEITER – FAST VERGESSEN UND VERSCHARRT VOR ÜBER 75 JAHREN AUF DEM SOGENANNTEN „RUSSENFRIEDHOF“, DER SICH IN DER NÄHE DER „REITBRAKE“ IN OSLEBSHAUSEN BEFINDET

Antragsteller: OV Oslebshausen

A21 DIE STADT DER KURZEN WEGE FÄNGT MIT BARRIEREFREIHEIT AN

Antragsteller: OV Schwachhausen Süd/Ost

A22 BEIRAT 4.0

Antragsteller: OV Schwachhausen Süd/Os

- A24 BREMEN-DOMAIN**
Antragsteller: OV Schwachhausen Süd/Ost
- A25 WIR MÜSSEN UNS ÄNDERN! PRÄSENZ ZEIGEN!**
Antragsteller: OV Schwachhausen Süd/Ost
- A26 STRATEGIE ZUR FINANZIELLEN SANIERUNG DER BLG**
Antragsteller: OV Gartenstadt-Vahr
- A27 FESTHALTEN AN DER BETEILIGUNG BREMENS AM TIEFWASSERHAFEN
WILHELMSHAVEN**
Antragsteller: OV Gartenstadt-Vahr
- A28 GRÖßTMÖGLICHE EINBEZIEHUNG DER MITGLIEDER BEI DER ENTSCHEIDUNG ÜBER
DEN KOALITIONSVERTRAG**
Antragsteller: OV Hemelingen-Sebaldsbrück
- A29 NEUE ANSÄTZE GEGEN VERMÜLLUNG ENTWICKELN**
Antragsteller: OV Gröpelingen
- A30 DIE ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL UND INSBESONDERE VORKEHRUNG
GEGEN EXTREME HITZE ZU EINEM SCHWERPUNKT DER SPD-KLIMAPOLITIK
ENTWICKELN**
Antragsteller: SPD AG 60plus UB-Stadt
- A31 DIE WAHL, MIT BARGELD ZU ZAHLEN, MUSS ÜBERALL IN DEN VERKEHRSÜBLICHEN
GRÖßENORDNUNGEN ERHALTEN BLEIBEN!**
Antragsteller: SPD AG 60plus UB-Stadt
- A32 HOHE INVESTITIONSKOSTENBELASTUNG VON PFLEGEPATIENTEN: GRÜNDE UND
KONTROLLFÄHIGKEIT KLÄREN – ALTERNATIVEN PRÜFEN**
Antragsteller: SPD AG 60plus UB-Stadt
- A33 DIE BESONDEREN BEDÜRFNISSE ÄLTERER MENSCHEN IN DER VERKEHRSPOLITIK
STÄRKER AKZENTUIEREN**
Antragsteller: SPD AG 60plus UB-Stadt

A34 DIE ORTSNAHE UND NIEDRIGSCHWELIGE BERATUNG VON VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHERN IN DEN STADTTEILEN WEITER AUSBAUEN

Antragsteller: SPD AG 60 plus UB-Stadt

A35 WOHNORTNAHE VERSORGUNG MIT GRUNDLEGENDEN FINANZDIENSTLEISTUNGEN SICHERSTELLEN – ALTERNATIVEN ZU FILIALSCHLIEßUNGEN ENTWICKELN

Antragsteller: SPD AG 60plus UB-Stadt

A36 ATTRAKTIVITÄT DER SPD BEI JÜNGEREN WÄHLERINNEN UND WÄHLERN STEIGERN

Antragsteller: OV Peterswerder-Steintor

A37 ERFOLGREICHE STRATEGIEN FÜR DIE EXISTENZGRÜNDUNG UND DEN WISSENSTRANSFER VON HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN BENÖTIGEN EINE BESSERE DATENBASIS

Antragsteller: OV Peterswerder-Steintor

A38 DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG BREMENS MEHR BEACHTUNG SCHENKEN – JÄHRLICHEN WANDERUNGSBERICHT ERSTELLEN

Antragsteller: OV Peterswerder-Steintor

A39 BREMEN MUSS FÜHREND BEI DER EINWERBUNG VON DRITTMITTELN WERDEN

Antragsteller: OV Peterswerder-Steintor

A42 UMSETZUNG ZUM BREMEN-TICKET UND AUSBAU DES ÖPNV-ANGEBOTS

Antragsteller: AK KUNaWi

A43 UNTERSTÜTZUNG DES NEU GEGRÜNDETEN SPD-KLIMAFORUMS ALS BERATUNGSGREMIUM AUF BUNDESEBENE

Antragsteller: AK KUNaWi

A44 GEGEN CO2-EMISSIONEN HELFEN KEINE WAFFEN – ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNGSPARTNERSCHAFT MIT RUSSLAND UND OSTEUROPA ENTWICKELN

Antragsteller: AK KUNaWi

A45 AUSWEITUNG UND FÖRDERUNG DER BEGRÜNUNG VON GEBÄUDEN

Antragsteller: AK KUNaWi

ÜBERWEISUNGEN AN DIE BÜRGERSCHAFTSFRAKTION:

A17 EIN ORTSAMT FÜR GRÖPELINGEN SCHAFFEN

Antragsteller: OV Gröpelingen

A23 THEATER 4.0

Antragsteller: OV Schwachhausen Süd/Ost

**A40 KÜNSTLER:INNEN UND KULTURSCHAFFENDE BEI DER EINWERBUNG VON
FÖRDERMITTELN UNTERSTÜTZEN – INFORMATIONEN- UND BERATUNGSSTELLE
SCHAFFEN**

Antragsteller: OV Peterswerder-Steintor

**A41 AUSBAU DES SCHIENENPERSONENNAHVERKEHRS (SPNV) ALS TEIL DER BREMER
VERKEHRSWENDE**

Antragsteller: AK KUNaWi

Bremer Eckpunkte für die Koalitionsverhandlungen:

Sozial. Digital. Klimaneutral. - Modernisierungschancen in der Ampel-Koalition nutzen

Die SPD ist bei der Bundestagswahl stärkste Kraft geworden und hat den Regierungsauftrag erhalten. Unser Auftrag ist es, mit Olaf Scholz als Bundeskanzler den gesellschaftlichen Respekt zu stärken, die Zukunftsaufgabe Klimaneutralität sozial gerecht bewältigen und zur Stärkung Europas beitragen.

Wir haben dafür im neuen Bundestag aber, anders als im Bremer Landesergebnis der Bundestagswahl, keine rot-grüne Mehrheit. Eine Koalition ohne CDU/CSU lässt sich nur zusammen mit der FDP bilden.

Uns ist bewusst, dass bereits jetzt kaum zu übersehende neoliberale und Klientelansätze der FDP werden notwendige Reformen auf einigen Feldern, etwa im Gesundheitswesen, verhindern. Eine Ampel-Koalition bietet aber die Chance, in einer Mehrheit ohne CDU/CSU den Reformstau auf vielen Feldern nun angehen zu können. Diese Bestandsaufnahme wird durch das Sondierungspapier unterstrichen.

Aus Sicht des Parteitags enthält das Sondierungspapier folgende besonders begrüßenswerte Beschlüsse:

- Im Themenbereich Arbeitswelt

- Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ist ein zentraler Baustein für mehr Respekt am Arbeitsmarkt. Die geplante zügige Umsetzung führt zu Lohnerhöhungen von 8 Millionen Beschäftigten, wobei Frauen, Minijobber*innen und Beschäftigte in klassischen Niedriglohnbranchen besonders profitieren.
- Die Zielsetzungen Stärkung der Tarifbindung sowie Stärkung von Weiterbildung und Qualifizierung

- Im Themenbereich Sozialstaat

- 25
- Die Einführung der Kindergrundsicherung
 - Die Reform der aktuellen Grundsicherung für Arbeitsuchende („Hartz IV“) zu einem Bürgergeld, das weiterhin eine bedarfsgeprüfte Grundsicherungsfunktion ausübt, aber stärker Hilfen zur Eingliederung in den Mittelpunkt stellt und deutlich entbürokratisiert wird.
- 30
- Stabilisierung des Rentenniveaus und keine Anhebung des Renteneintrittsalters.
 - Ersatz der bisherigen Riester-Förderung durch ein neues Modell.

-

- Im Themenbereich Klimaschutz

- 35
- Anerkennung der Klimakrise als zentrale Herausforderung und des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Übereinkommens. Anerkennung der Veränderungsnotwendigkeit aller Sektoren und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.
- 40
- Grundsatz, alle geeigneten Dächer mit Photovoltaik auszustatten, 2 % der Landesfläche für Windenergie vorzusehen sowie energetische Grundlagen für früheren Ausstieg aus Kohleenergie zu schaffen.

- Im Themenbereich Innovation und Wirtschaft

- Bekenntnis zur Förderung regionaler Transformationscluster und Unterstützung strukturschwacher Regionen
- 45
- Festlegung auf ein konkretes Ausgabeziel für Ausgaben für Forschung und Entwicklung (3,5 % des BIP). Das ist angesichts der Herausforderungen eines nachhaltigen Wandels, Digitalisierung, Strukturwandel etc. zu begrüßen.

- Im Themenbereich Bauen und Wohnen

- 50
- Zielsetzung von 400.000 neuen Wohnungen jährlich, davon 100.000 geförderte Wohnungen. Dies würde für Bremen eine Zahl von rund 4.000 neuen Wohnungen jährlich bedeuten. Die bremischen Wohnungsbauanstrengungen müssten auf dieser Grundlage also noch einmal verstärkt werden.
- 55
- Fortführung der sozialen Wohnraumförderung als Grundlage dafür.
 - Verlängerung der erfolgreichen Regelungen zur Mietpreisbegrenzung, auch wenn aus SPD-Sicht eine weitergehende Regelung wünschenswert gewesen wäre.
 - Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
- 60
- Im Themenbereich Staat und Verwaltung
- Wir begrüßen ausdrücklich die Ziele eines lernenden Staates, agiler Verwaltung, Multiperspektivität auf Themen, starker Einbezug der Zivilgesellschaft
- 65
- Im Themenbereich Gleichstellung und Vielfalt
- Modernisierung des Staatsangehörigkeits-, Familien-, Abstammungs- und Transsexuellenrechts sowie des Rechts zur Reproduktionsmedizin. Einführung des Spurwechsels für gut integrierte hier lebende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft.
- 70
- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Entscheidungen sowie am Erwerbsleben, und dass sie in gleicher Weise in der Lage sind, eigenständig ihren Lebensunterhalt zu sichern und für ausreichende Alterssicherung zu sorgen.
- Zu Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt:

- 75
- Bekenntnis zur Stärkung der Handlungsfähigkeit Europas, zu den Vereinten Nationen und Multilateralismus.

Aus Sicht des Parteitags ist die genaue Ausgestaltung der nachfolgenden Punkte in besonderem Maße entscheidend dafür, ob aus ihnen tatsächlich gesellschaftliche Verbesserungen erwachsen, wie sie von der neuen Koalition erwartet werden. Der Parteitag bittet die Verhandlungskommission der SPD, diesen Gesichtspunkten in den Koalitionsverhandlungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

80

- Im Themenbereich Arbeitswelt

- Die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung wird im Sondierungspapier nicht besprochen. Prekäre Befristungsketten sind Teil der Lebensrealität junger und / oder formal niedrigqualifizierter Menschen. Sie abzuschaffen ist für uns auch logisches Gegenstück zur andererseits im Sondierungspapier angestrebten Ausweitung von Flexibilität der Arbeitnehmer:innen innerhalb des bestehenden Arbeitsverhältnisses.
- 85
- Gleiches gilt für die Einführung einer Ausbildungsgarantie.
- 90
- Stärkung der Tarifbindung: entscheidend ist die Ausweitung der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, wofür die Bundesratsinitiative des Landes Bremen aus dem Sommer 2021 eine Blaupause sein kann, sowie die Einführung eines Bundestariftreugesetzes, das den Grundsatz "kein öffentlicher Auftrag ohne tarifliche Bezahlung" umsetzt.
- 95
- Die Erhöhung der Minijobgrenze ist ein Zugeständnis an die FDP. Die Folgen der Corona-Krise haben gezeigt, dass wir uns keine Beschäftigungsform ohne soziale Absicherung leisten sollten. Es muss streng evaluiert werden, dass die Erhöhung der Minijobgrenze - wie im Sondierungspapier
- 100

pier formuliert - nicht zur weiteren Verdrängung sozialversicherungs-
pflichtiger Beschäftigung oder zur Teilzeitfalle für Frauen führt.

- Die beschlossene Stärkung von Weiterbildung und beruflicher Qualifizierung sollte unter anderem konkretisiert werden durch einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für Arbeitslose und Beschäftigte. Dies muss flankiert werden durch einen Qualifizierungsbonus für Arbeitslose und Geringverdienende bei Teilnahme an einer abschlussbezogenen Weiterbildung.

105

110

- Im Themenbereich Sozialstaat

- Kindergrundsicherung: hier ist entscheidend, dass das neue Modell einerseits wohlhabende Eltern nicht mehr über den Steuerfreibetrag privilegiert und damit das Prinzip „wer hat dem wird gegeben“ endlich beendet. Andererseits muss das Modell in der Lage sein, Kinder rechtlich aus den SGB-II-Bedarfsgemeinschaften herauszulösen und damit die Stigmatisierung von Kindern zu unterbinden.
- Gesetzliche Rente: Die Stabilisierung des Rentenniveaus muss langfristig festgeschrieben werden, um das Vertrauen in das Rentensystem zu stärken. Die Einführung einer teilweisen Kapitaldeckung der GRV bringt zwar keinen ökonomischen Vorteil gegenüber der Umlage, erschafft aber einen von den Sozialpartnern über die Selbstverwaltung getragenen Fonds. Es ist eine transparente Anlagestrategie zu erarbeiten, die zum Ziel der Rentenstabilität bei 48 % unter sozial-ökologischen Kriterien beiträgt (z.B. Investitionen in die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft oder den gemeinnützigen Wohnungsbau). Die Risiken aus der Kapitaldeckung müssen kollektiv getragen werden, sie dürfen nicht über individuelle Konten (wie im schwedischen Modell) bei den einzelnen Versicherten liegen.

115

120

125

- 130
- Private Zusatzrente: Das Modell, mit dem die Riester-Rente ersetzt werden soll, ist noch nicht genauer definiert. Wichtig ist, dass nicht wie bisher die staatlichen Zuschüsse von den Gebühren der Banken weitgehend aufgeessen werden, sondern ein verbraucherfreundlicheres Modell etabliert wird. Dafür sollte auch der GRV die Möglichkeit eröffnet werden, als Anbieter solcher Produkte aufzutreten. Dass die Förderung vor allem einkommensschwächeren Haushalten Anreize setzen soll bedeutet aus unserer Sicht, dass die heutige steuerliche Absetzbarkeit, die Gutverdiener:innen besonders begünstigt, zugunsten von höheren Festzuschüssen abgeschafft wird.
- 135
- Das Sondierungspapier sieht vor, die gesetzliche und private Kranken- und Pflegeversicherung zu erhalten. Um dennoch eine Erweiterung des Versichertenkreises in der GKV einzuleiten, sollten beispielsweise für Beamte gleichwertige Regelungen für eine Mitgliedschaft eröffnet werden.
- 140
- Pflege: die noch vagen Aussagen zur Personalgewinnung müssen mit konkreten, wirkungsvollen Maßnahmen unterlegt werden. Hier sind Aussagen insbesondere zu Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrags Altenpflege, Personalbemessung in Krankenhäusern, Entlastungstarifverträge vonnöten.
- 145
- Die skizzierten Veränderungen bei Hartz IV weisen in die richtige Richtung und sind ein Erfolg. Sie müssen konsequent ausbuchstabiert werden. Dazu zählt, die erleichterten Bezugsbedingungen während Corona auf Dauer zu stellen. Das Fortbestehen von Mitwirkungspflichten ist grundsätzlich richtig, die Zumutbarkeitskriterien sollten jedoch denen in der Arbeitslosenversicherung angeglichen, Sanktionstatbestände reduziert und Sanktionen in Umfang und Dauer deutlich abgemildert werden.
- 150
- Wichtig wäre zudem gerade für den von hoher Langzeitarbeitslosigkeit geprägten Bremer Arbeitsmarkt, die öffentlich geförderte sozialversiche-
- 155

rungspflichtige Beschäftigung zu entfristen, individuelle Förderdauern über fünf Jahre hinaus zu ermöglichen und das Instrument in einem gesonderten Eingliederungstitel auszufinanzieren.

160 - Im Themenbereich Klimaschutz

○ Sozialer Ausgleich der steigenden Energiepreise wird eine der zentralen Fragen der Legislaturperiode. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung bieten Spielraum, um gerade diejenigen zu entlasten, die aufgrund ihres geringen Einkommens den höchsten Anteil ihres Monatsbudgets für Energie aufwenden müssen. Die Abschaffung der EEG-Umlage ist hier
165 der erste richtige Schritt. Ein zweiter kann die Finanzierung von günstigeren Nah- und Fernverkehrsangeboten sein bis hin zur Unterstützung der Kommunen bei Einführung eines ticketfreien Nahverkehrs, wie der Parteitag ihn mit dem Bremen-Ticket vorgeschlagen hat.

170 ○ Finanzierung des Infrastruktur-Umbaus ist offen, obwohl es für die Dekarbonisierung unseres Wirtschaftens entscheidend ist, die nötigen Investitionen zu stemmen. Angesichts des historisch günstigen Zinsniveaus andererseits und der drohenden Schäden des Klimawandels andererseits wäre der Verzicht auf Kreditfinanzierung absurd. Soll die ‚Schuldenbremse‘ beibehalten werden, kann die Herausforderung durch einen Instru-
175 mentenmix gelöst werden, in denen auch öffentliche Investitionsgesellschaften den Staat unterstützen.

180 ○ Beim Photovoltaik-Ausbau besteht ein großes und bisher vernachlässigtes Potenzial im Geschosswohnungsbau. Die restriktiven Regelungen zum Mieterstrom müssen dafür abgebaut werden.

○ Ohne ausreichende Fachkräfte wird es nicht gelingen, die Energie- und Wärmewende und die Umgestaltungen in den Bereichen Verkehr, Bauwirtschaft und Industrie zu realisieren. Daher sind Maßnahmen und Pro-

gramme zu entwickeln und umzusetzen, um den aktuellen und schwer-
wiegenden Fachkräftemangel zu beseitigen.

185

- Im Themenbereich Innovation und Wirtschaft

○ Gerade für Bremen und Bremerhaven ist die Förderung regionaler Trans-
formationscluster und Förderung wirtschaftsstruktureller Regionen
von hoher Bedeutung. Ein regionales Transformationscluster für das
Land Bremen und Norddeutschland insgesamt könnte Wasserstoff sein.
Die konkrete Umgestaltung wird hier entscheidend sein.

190

○ Wichtig für den Erfolg der nach dem Willen der Koalition steigenden
F&E-Ausgaben wird sein, welche Bereiche alles in die 3,5% zählen sollen
und wie das Geld letztlich verteilt wird.

195

○ Zur Zielsetzung „Mehr privates Kapital für Transformationsprojekte akti-
vieren“: Die Ausgaben für den Umbau der Wirtschaftsstruktur sowie
Ausbau und Erneuerung von Infrastrukturen wird der Staat nicht allein
bezahlen können. Daher ist es richtig, auch privates Kapital zur Finanzie-
rung heranziehen zu wollen, das zu Zeiten niedriger Zinsen ansonsten
spekulativ (z.B. in Bestandswohnraum) investiert würde. Wichtig wird
sein, inwiefern der Staat hiermit auch die Kontrolle und den Besitz an Inf-
rastruktur wie z.B. an Straßen abgibt und damit privaten Einfluss auf öf-
fentlich benötigte Infrastrukturen ermöglicht, was verhindert werden
muss.

200

205

Im Themenbereich Staat und Verwaltung

○ Wir fordern einen nachhaltigen Kompetenzaufbau innerhalb der Verwal-
tungsebenen im Bereich der Digitalisierung und des Projektmanage-
ments.

210

- Im Themenbereich Gleichstellung und Vielfalt
 - Zur angestrebten Modernisierung im Rechtswesen muss auch eine Humanisierung des Asylrechts gehören.
 - Eine Neuregelung der Vorschriften zur Reproduktionsmedizin muss die Abschaffung des überkommenen § 219a des Strafgesetzbuches („Werbung“ für Schwangerschaftsabbrüche) und eine gesetzliche Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch außerhalb des StGB beinhalten.
- Zum Bereich Finanzen
 - Bei der Ausgestaltung einer Altschuldenregelung für Kommunen müssen die besonderen Umstände der kommunalen Ebene der Stadtstaaten berücksichtigt werden.
- Zu Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt:
 - Eine Stärkung der europäischen Souveränität im internationalen Kontext ist nötig. Einen Beitrag zur Friedensordnung kann sie aber nur leisten, wenn sie mit einer verstärkten Entspannungspolitik einhergeht, die der aktuell zunehmenden militärischen Konfrontation entgegentritt.
 - Es muss sichergestellt werden, dass militärischen Aktionen nur mit Zustimmung der UN auf Basis klarer Ziele und abrechenbarer Umsetzungsschritte erfolgen dürfen. Zudem muss ein zumindest gleichgewichtiges ziviles Engagement zur Beseitigung der Konfliktursachen militärische Interventionen begleiten.
 - Zur Verantwortung zählt auch eine kritische Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes. Dafür bedarf es einer unabhängigen Expert:innenkommission. Zudem sollte das Desaster der Organisation der Evakuierung der Ortskräfte gesondert in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A15
--	-------------	------------

- Im Sinne einer humanitären Migrationspolitik muss die Beseitigung von Fluchtursachen (Bekämpfung sozialer Ungleichheit, Anpassung an den Klimawandel, Eindämmung diktatorischer Herrschaft) einen größeren Stellenwert erlangen. Beispielhaft können Wiederaufbauprogramme für Syrien oder den Irak, stärkere Kooperation mit Russland zur Konfliktprävention bzw. -lösung und ein Entwicklungsplan für die Sahelzone Beiträge leisten, der deutschen und europäischen Verantwortung für die globalen Konflikte besser als heute gerecht zu werden

240

245

Bebauung Remberti-Quartier

Beschluss:

- 5 - Wir fordern eine zügige städtebauliche Entwicklung des Rembertiring-Areals unter Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Belange. Dabei ist eine umfassende Beteiligung der Bürger:innen und des Beirates Mitte sicherzustellen. Die Bebauung soll sich städtebaulich ohne Hochpunkte in die umgebende Wohnstruktur einfügen.
- 10 - Eine so zentrale Fläche darf nicht dauerhaft öffentlichem Zugriff entzogen werden. Eine reine Veräußerung des Geländes an einen privaten Investor lehnen wir daher ab. Vielmehr sollte das Areal über einen öffentlichen Bauträger entwickelt oder im Rahmen einer Erbpacht vergeben werden.
- 15 - Eine Bebauung sollte autoarm und auf den Umweltverbund ausgerichtet erfolgen. Die umliegenden Quartiere sollen nicht durch zusätzlich parkende Pkw belastet werden.
- Bis zur Bebauung soll eine Zwischennutzung angestrebt werden, etwa mit der ZZZ oder der HfK als beratenden/durchführenden Partnern.
- 20 - Die städtebauliche Lösung soll der schon heute hohen Belastung durch Lärm, Feinstaub und geringe Aufenthaltsqualität entgegen wirken durch viel städtisches Grün ergänzt durch Fassadenbegrünung.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A18
--	-------------	------------

Einführung der Impfpflicht für Beschäftigte in der Kinderbetreuung und Schulbildung tätige Erwachsene

- 5 Der Senat wird gebeten, den Vorschlag der Senatorin für Kinder und Bildung für eine bundesweite Impfpflicht für Beschäftigte im Bildungsressort sowie in der Kinderbetreuung und Schulbildung tätige Erwachsene im Land Bremen zu unterstützen, damit Ruhe und Normalität für die vielen Bildungseinrichtungen zurückkehren kann.

Brutplätze schaffen und schützen

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt fordert die Bürgerschaftsfraktion und den Senat
5 auf, sich dafür einzusetzen, dass die öffentliche Hand als Vorbild bei der Schaffung und
Sicherung von Nistplätzen für Vögel vorangeht. In der Stadt Bremen befinden sich viele
Gebäude unter Verwaltung der öffentlichen Hand. Diese Gebäude bieten ein großes
Potenzial, um Nistplätze für Vögel zu schaffen. Entsprechende Aktivitäten der Verwal-
10 tung haben auch eine Vorbildfunktion in Sachen Natur- und Artenschutz für die Eigen-
tümer von privaten Gebäuden und Grundstücken.

Durch energetische Sanierungen und moderne Baustoffe sind in den vergangenen
Jahrzehnten viele Brutplätze für Vogelarten wie den Haussperling, die Dohle, Turm-
15 und Wanderfalken, Mehlschwalben und andere Vögel an Gebäuden verloren gegan-
gen. Nicht nur Wirtschaftsunternehmen und private Eigentümer, sondern auch die öf-
fentliche Hand haben in den vergangenen Jahrzehnten – zu Recht – sehr auf Energieef-
fizienz beachtet. Der Artenschutz ist dabei zu kurz gekommen. Dabei ist es jedoch mög-
lich, ohne energetische oder ökonomische Nachteile Nistmöglichkeiten für gefährdete
20 Vogelarten zu schaffen. Die Verwaltung der Stadtgemeinde Bremen sollte dabei mit
gutem Beispiel vorangehen und überall dort, wo es möglich ist, Nisthilfen schaffen.

Bürgerschaftsfraktion und Senat werden aufgefordert, diese Ziele zu unterstützen.

Forderung nach einer würdigen Gedenkstätte für die verstorbenen Zwangsarbeiter – fast vergessen und verscharrt vor über 75 Jahren auf dem sogenannten „Russenfriedhof“, der sich in der Nähe der „Reitbrake“ in Oslebshausen befindet

5

Wir fordern den Senat auf, die Geschichte der Zwangsarbeiter/Innen in Bremen sowie deren Verbleib (Rückkehr in die Heimatländer/“Bestattung“ in Gräbern in Bremen/Benennung der Gräberfelder/Zahl der Zwangsarbeiter/Zahl der Verstorbenen u.w.m) gründlich aufzuarbeiten/zu erforschen.

10

Wir fordern für die vielen Tote, die als Zwangsarbeiter aus verschiedenen Lagern in Oslebshausen auf grausame Weise zu Tode gekommen sind, eine würdevolle endgültige Ruhestätte (völkerrechtlich geschützte Kriegsgräberstätte) und eine entsprechende Gedenkstätte.

15

Dazu ist ein Konzept zur Würdigung der in Oslebshausen ums Leben gekommenen, überwiegend sowjetischen Zwangsarbeiter zu entwickeln.

Die Stadt der kurzen Wege fängt mit Barrierefreiheit an

Der Senat als zuständige Stelle wird aufgefordert, die Umsetzung der UN-

- 5 Behindertenrechtskonvention für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen deutlich zu verbessern. Insbesondere bei Baustellen im öffentlichen Raum muss bei der Einrichtung von Baustellen mehr auf Barrierefreiheit für den Fußverkehr geachtet werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A22
--	-------------	------------

Beirat 4.0

5 Der Senat als zuständige Stelle der Beiratsarbeit wird aufgefordert, ein Informationssystem für die Bürgerinnen und Bürger zur Beiratsarbeit zu entwickeln.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A24
--	-------------	------------

.bremen-Domain

Der Senat als zuständige Stelle wird aufgefordert, eine Top-Level-Domain .bremen umzusetzen.

5

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A25
--	-------------	------------

Wir müssen uns ändern! Präsenz zeigen!

- 5 Alle Gliederungsebenen der Bremer SPD werden aufgefordert, sich vor der nächsten Bürgerschaftswahl aktiv dafür einzusetzen, dass
 1. die SPD für Jungwähler und -wählerinnen sowie für Wähler und Wählerinnen unter 25 Jahre attraktiver wird und
 2. die Wahlbeteiligung in Stadtgebieten mit niedriger Wahlbeteiligung erheblich steigt.

Der Landesparteitag möge beschließen

Strategie zur finanziellen Sanierung der BLG

- 5 Der Landesparteitag bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Bremischen Bürgerschaft für eine sichere Eigenkapitalausstattung des BLG-Konzerns Sorge zu tragen.

Er bittet die Senatorin für Häfen, dem Landesparteitag über die erfolgten und beabsichtigten Maßnahmen zur Wiederherstellung einer angemessenen Eigenkapitalquote

- 10 und deren Umsetzung jährlich zu berichten.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A27
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Festhalten an der Beteiligung Bremens am Tiefwasserhafen Wilhelmshaven

- 5 Bremen hält an seiner Beteiligung am Jade-Weser-Port und an seiner mittelbaren Beteiligung an der Führung des Hafensbetriebes in vollem Umfang fest.

Der Landesparteitag bittet die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der Bremischen Bürgerschaft einer anderweitigen Politik entgegenzutreten.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A28
--	-------------	------------

Größtmögliche Einbeziehung der Mitglieder bei der Entscheidung über den Koalitionsvertrag

- 5 Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt fordert eine Beteiligung der Mitgliederbasis, z.B. über Regionalkonferenzen, mit allen SPD-Mitgliedern an der Entscheidung über einen Koalitionsvertrag einer möglichen Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Neue Ansätze gegen Vermüllung entwickeln

Der Unterbezirksvorstand und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich
5 dafür einzusetzen, dass die Die Bremer Stadtreinigung verstärkte und besondere Maß-
nahmen unternimmt, um dem Problem der Vermüllung im Stadtteil Gröpelingen zu
begegnen.

Zu diesem Zweck sollen die Erfahrungen in Gelsenkirchen ausgewertet werden, die mit
10 der Aufstellung zusätzlicher Großbehälter nachhaltige Erfolge erzielt haben. Außerdem
soll geprüft werden, inwieweit bei größeren Wohnanlagen Sammeltermine für die Ab-
fuhr von Sperrmüll eingerichtet werden können. Ergibt die Prüfung, dass diese Ansätze
auch für Bremen geeignet sein könnten, sollte als Pilotprojekt in Gröpelingen umge-
setzt werden.

Die Anpassung an den Klimawandel und insbesondere Vorkehrungen gegen extreme Hitze zu einem Schwerpunkt der SPD-Klimapolitik entwickeln

- 5 Der Unterbezirksvorstand und die die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, ergänzend zum Klimaschutz und der Reduzierung von CO₂-Emissionen auch die Anpassung an den Klimawandel zu einem Schwerpunkt der Umweltpolitik der SPD in Bremen zu entwickeln und sich dabei insbesondere mit vorbeugenden Maßnahmen gegen extreme Hitzewellen zu befassen – da diese, wie Anstiege von Sterberaten belegen,
- 10 nachgewiesenermaßen lebensgefährlich für ältere und gesundheitlich schwächere Menschen sind.

Die Wahl, mit Bargeld zu zahlen, muss überall in den verkehrsüblichen Größenordnungen erhalten bleiben!

- 5 Die Entwicklung in anderen Ländern lässt erwarten, dass künftig insbesondere in Teilen des Einzelhandels und der Gastronomie, aber auch bei verbrauchernahen Dienstleistungen nicht mehr mit Bargeld gezahlt werden kann, sondern digitale Bezahlungen gefordert werden. Dem gilt es insbesondere im Interesse vieler älterer Menschen zu begegnen. Der Bürgerschaftsfraktion wird deshalb aufgefordert, die diesbezügliche
- 10 Rechtslage zu klären und – sofern keine rechtliche Pflicht zur Annahme von Bargeld verankert werden kann – die Möglichkeiten zum Abschluss von Selbstverpflichtungserklärungen zur Bargeldannahme mit wichtigen Anbietern und Anbieterverbänden im Einzelhandel, der Gastronomie und bei Dienstleistungen auszuloten.

Hohe Investitionskostenbelastung von Pflegepatienten: Gründe und Kontrollfähigkeit klären – Alternativen prüfen

- 5 Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich eingehender mit den Investitionskosten zu befassen, die Patientinnen und Patienten in der Pflege bezahlen müssen. Zu klären ist zunächst, warum diese Selbstbeteiligungen in Bremen überdurchschnittlich hoch sind und wie es um die öffentliche Kontrolle sowie die private Kontrollfähigkeit der geltend gemachten Kosten – insbesondere bei renditegesteuerten Angeboten - bestellt ist. Darauf aufbauend sind die Möglichkeiten einer Absenkung der Belastungen und einer eventuell notwendigen Verbesserung der Kontrolle zu prüfen. Mit Blick auf die öffentliche Förderung ist dabei auch die grundsätzliche Perspektive der stationären Pflege in Bremen zu diskutieren.
- 10

**Die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen in der Verkehrspolitik stärker
akzentuieren**

- 5 Die Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen stärker in die verkehrspolitische Diskussion einzubringen und dazu ein vertieftes Wissen sowie konzeptionelle Positionen zu entwickeln – und zwar über alle Verkehrsmodalitäten hinweg: vom ÖPNV und SPNV über den Fuß- und Radverkehr bis hin zum Autoverkehr, einschließlich der Parkraumbewirtschaftung. In einem ersten Schritt ist dazu
- 10 eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu organisieren.

**Die ortsnahe und niedrigschwellige Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern
in den Stadtteilen weiter ausbauen**

- 5 Der Unterbezirksvorstand und SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich im Rahmen der angestrebten 10-Minuten-Stadt dafür einzusetzen, dass die ortsnahe und niedrigschwellige Beratung von Verbraucherinnen und Verbrauchern in den Quartieren weiter ausgebaut wird. Die Schrittfolge des weiteren Ausbaus sollte sich an Sozialindikatoren der Stadtteile orientieren. Für die Betreuung der Beratungsstellen sollte vor-
- 10 rangig die Verbraucherzentrale Bremen gewonnen werden, um ein hohes Maß an einschlägiger fachlicher Kompetenz und Synergieeffekte bei der Abdeckung unterschiedlicher Verbrauchertemen zu erreichen.

**Wohnortnahe Versorgung mit grundlegenden Finanzdienstleistungen sicherstellen –
Alternativen zu Filialschließungen entwickeln**

- 5 Die fortschreitende Schließung von Bank- und Sparkassenfilialen hat in den betroffe-
nen Stadtteilen verständlicher Weise erhebliche Verärgerungen und Proteste ausge-
löst. Die SPD-Bürgerschaft wird deshalb aufgefordert, im Rahmen ihres Konzepts einer
10 10-Minuten-Stadt das Problem aufzugreifen und Maßnahmen zu entwickeln, die eine
nicht-digitale Versorgung mit grundlegenden Finanzdienstleistungen in den Quartie-
ren sicherstellt. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die Besorgung von Bargeld sowie
die Beauftragung von Überweisungen und Abbuchungsermächtigungen zu legen.

- Der Parteitag bitte die AG 60+ zum Auftakt eine öffentliche Veranstaltung zu organi-
sieren, in der das Thema behandelt und zu den betroffenen Interessengruppen eingela-
15 den werden. Dabei ist auch zu klären, welche Verantwortung der Sparkasse in Bremen
aus ihrer selbst stets betonten Orientierung am Gemeinwohl erwächst.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Attraktivität der SPD bei jüngeren Wählerinnen und Wählern steigern

- 5 Angesichts der enttäuschenden Ergebnisse der SPD bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern bei der Bundestagswahl wird der Landesvorstand gebeten, ein Analyse- und Strategiepapier zu erarbeiten, wie die Attraktivität der SPD bei den jüngeren Altersgruppen verbessert werden kann. Das Papier soll die wichtigsten Themenfelder adressieren, politisch-kulturelle Aspekte für das Wahlverhalten beleuchten sowie Fragen des
- 10 medialen Zugangs zu jungen Menschen behandeln. Da eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre geplant ist, sind auch die Interessen, Sichtweisen und Lebensstile dieser neuen und jüngsten Altersgruppen mit einzubeziehen.

Erfolgreiche Strategien für die Existenzgründung und den Wissenstransfer von Hochschulen und Forschungseinrichtungen benötigen eine bessere Datenbasis

- 5 Der Unterbezirksvorstand und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- dass die Themen Existenzgründung und Wissenstransfer von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft und Gesellschaft einen noch größeren strategischen Stellenwert erhalten,
 - 10 - dass die Ergebnisse der Existenzgründungs- und der Transferpolitik systematischer und intensiver untersucht, bewertet und diskutiert werden und
 - dass die Datenbasis über das Existenzgründungs- und Transfergeschehen in methodischer Hinsicht, dem Umfang der Informationen und der Häufigkeit von Erhebungen und Berichten verbessert wird.

Der Bevölkerungsentwicklung Bremens mehr Beachtung schenken – Jährlichen Wanderungsbericht erstellen

- 5 Der Unterbezirksvorstand und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
- dass der Bevölkerungsentwicklung und insbesondere der Steigerung der Bevölkerungszahl in allen Politikbereichen mehr und systematischer Aufmerksamkeit geschenkt wird,
 - 10 - dass die Steigerung der Bevölkerungszahl Bremens und der damit verbundenen Einnahmen aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich zu einem vorrangigen und regelmäßig geprüften politischen Ziel erhoben wird,
 - dass bei wichtigen gesetzlichen und sonstigen politische Entscheidungen die möglichen Auswirkungen auf die Abwanderung oder Zuwanderung von Einwohnerinnen und Einwohnern ausdrücklich mitbedacht werden;
 - 15 - dass insbesondere die Maßnahmen zur Steigerung der Zahl und Quote der in Bremen wohnenden Studierenden und Auszubildenden weiter ausgebaut werden und
 - dass ein jährlicher Bericht über die Wanderungsbewegungen von und nach Bremen und insbesondere die Stadt-Umland-Wanderungen erstellt wird.
 - 20 - dass die Gründe für eine Abwanderung ins Bremer Umland besser analysiert werden um darauf aufbauende Konzepte zur Verhinderung von Abwanderung zu entwickeln.

Bremen muss führend bei der Einwerbung von Drittmitteln werden

Der Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
5 einzusetzen,

- dass der Einwerbung von Drittmitteln aus Programmen des Bundes und der EU über alle Ressorts des Bremer Senats hinweg ein höherer strategischer Stellenwert beigemessen wird,
- dass die bisherige Praxis, die verfügbaren Ressourcen und personellen
10 Qualifikationen für die Einwerbung von Drittmitteln in den Ressorts überprüft und Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert und umgesetzt werden, und
- dass geprüft wird, ob und wie künftig ein größerer finanzieller „Topf“ für die notwendige Ko-finanzierung von Förderprogrammen des Bundes und der EU geschaffen werden sollte.

Umsetzung zum Bremen-Ticket und Ausbau des ÖPNV-Angebots

- 5 1. Der Unterbezirksparteitag bittet den Senat sich mit der Idee eines ticketlosen ÖPNV in Bremen auseinanderzusetzen und die Machbarkeit hinsichtlich Finanzierung, Realisierbarkeit und Zeitplan zu untersuchen und über die Ergebnisse auf dem nächsten Parteitag zu berichten.
- 10 2. Der Unterbezirksparteitag bittet die Bürgerschaftsfraktion sich unabhängig von dem fahrscheinlosen ÖPNV für den im „Bremen-Ticket“-Beschluss und auch in der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans (Berichtsentwurf März 2021)¹ formulierten Ausbau des ÖPNV-Angebots in Bremen einzusetzen, von dem für die Umsetzung verantwortlichen Ressort ein verbindliches Konzept hinsichtlich Finanzierung und Zeitplan einzufordern und über die Ergebnisse auf dem nächsten Parteitag zu berichten.

¹ https://www.bauumwelt.bremen.de/sixcms/media.php/13/20210327_VEP-Bericht_Ma%C3%9FnahmenHandlungskonzept_V0.5%20Beteiligung.pdf

Unterstützung des neu gegründeten SPD-Klimaforums als Beratungsgremium auf Bundesebene

- 5 1. Der Unterbezirksparteitag begrüßt und unterstützt die Gründung des informellen SPD-Klimaforums.
2. Der Unterbezirksparteitag unterstützt den Antrag zur Gründung eines Online Themenforums „SPD Klimaforum“ und bittet die Delegierten des Unterbezirks für den Bundesparteitag, für die Annahme des Antrags zu votieren.
- 10 3. Der Unterbezirksparteitag begrüßt auch die Erarbeitung des Sofortprogramms und sieht darin einen substantiellen Beitrag zur weiteren inhaltlichen Positionierung der SPD in klimapolitischen Fragen. Insbesondere die genannten Punkte zu den Rahmenbedingungen, der Notwendigkeit einer realen Kreislaufwirtschaft und zu der Erforschung und Erprobung von Maßnahmen zum nachträglichen Entzug von Treibhausgasen aus
15 der Atmosphäre bedürfen einer vertieften Diskussion innerhalb der SPD. Der Unterbezirksparteitag bittet das SPD-Klimaforum zu diesen Aspekten konkrete Vorschläge vorzulegen.
4. Der Unterbezirksparteitag bitten den UB-Vorstand, diesen Beschluss an den Landesvorstand und die beiden anderen Unterbezirksvorstände im Land Bremen zu übermitteln.

Gegen CO2-Emissionen helfen keine Waffen – Ökologische Modernisierungspartnerschaft mit Russland und Osteuropa entwickeln

- 5 Angesichts der drohenden Klimakrise und der wieder zunehmenden militärischen Spannungen wird der Unterbezirksvorstand gebeten, seinen Arbeitskreis Klimawandel, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften damit zu beauftragen, einen konzeptionellen Vorschlag zur Entwicklung einer ökologischen Modernisierungspartnerschaft mit Russland und weiteren osteuropäischen Ländern zu skizzieren. Eine solche Modernisierungspartnerschaft ist nicht nur dringend geboten, damit diese Länder das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2060 erreichen. Eine entsprechende Initiative könnte auch das gleichsam dringend benötigte Projekt für eine neue Entspannungspolitik sein. Mit dem Konzeptpapier soll deshalb ein entsprechender Antrag an den nächsten Landesparteitag vorbereitet werden, um von dort aus Anstöße auf Bundesebene zu geben.
- 10

Ausweitung und Förderung der Begrünung von Gebäuden

- 5 1. Der Unterbezirksparteitag sieht angesichts des Klimawandels die Notwendigkeit, die Begrünung von Flachdachflächen finanziell stärker als bisher zu fördern und auch die Begrünung von Gebäudefassaden in das Förderprogramm einzubeziehen. Die Höhe des Fördervolumens und der Förderquote sollte sich an der Praxis anderer norddeutscher Großstädte orientieren und auf mindestens 200.000 EUR wie in Hannover erhöht werden.⁵
- 10 2. Der Unterbezirksparteitag spricht sich dafür aus, das „Ortsgesetz über die Begrünung von Freiflächen und Flachdachflächen in der Stadtgemeinde Bremen vom 23.05.2019 (Begrünungsortsgesetz Bremen)“ auch auf fensterlose Fassaden von Gebäuden anzuwenden.
- 15 3. Der Unterbezirksparteitag spricht sich dafür aus, bei öffentlichen Neubauten die Begrünung der Fassaden, sofern dem im Einzelfall nicht örtliche, technische oder finanzielle Gründe entgegenstehen, verpflichtend vorzusehen und dafür kostengünstige Lösungen zu erarbeiten.
- 20 4. Der Unterbezirksparteitag bittet den Senat, bei der von ihm beschlossenen Aufstellung von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude diese Dächer auch zu begrünen, soweit das technisch, finanziell und statisch möglich ist.
5. Der Unterbezirksparteitag bittet Senat und Fraktion, auf eine schnellstmögliche Umsetzung des Beschlusses hinzuwirken.

Überweisung des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A17
--	-------------	------------

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Ein Ortsamt für Gröpelingen schaffen

- 5 Für den Stadtteil Gröpelingen wird ab 2023 ein eigenes Ortsamt geschaffen, das in einer zentral gelegenen Immobilie vor Ort eingerichtet wird.

Wir bitten, bereits im Haushalt 2022/23 kurzfristig eine personelle Veränderung für das Stadtteilmanagement Gröpelingen vorzusehen.

Überweisung des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A23
--	-------------	------------

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

5 **Theater 4.0**

Der Senat als zuständige Stelle der Kulturarbeit wird aufgefordert, Theateraufführungen des Theater Bremen über geeignete Internetdienste anzubieten.

Überweisung des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A40
--	-------------	------------

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Künstler:innen und Kulturschaffende bei der Einwerbung von Fördermitteln unterstützen – Informations- und Beratungsstelle schaffen

5

Der Unterbezirksvorstand und die SPD-Bürgerschaftsfraktion werden aufgefordert, sich für die Schaffung einer Stelle einzusetzen, die Künstler:innen und Kulturschaffende bei der Einwerbung von Fördermitteln als Informationsquelle, Navigator und Berater unterstützt. Die Stelle sollte zunächst befristet eingerichtet werden, um den Bedarf und Nutzen eines derartigen Instruments zu prüfen. In einem ersten Schritt sollte eine Übersicht über vergleichbare Einrichtungen in anderen Städten erstellt werden sowie mit den betreffenden Verbänden das Leistungs- und Anforderungsprofil eines solchen Unterstützungsangebots in Bremen geklärt werden.

10

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion, mit der Bitte um Organisation einer
Veranstaltung mit Expert:innen

Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) als Teil der Bremer Verkehrswende

5

Ein zentralerer Baustein für das Gelingen der Verkehrswende in Bremen ist ein attrakti-
verer Schienenpersonennahverkehr mit dichter Zugtaktung. Bis 2030 sollen 35 % der
Berufspendler vom Auto auf den Zug umsteigen. Dazu braucht es in erster Linie mehr
Gleiskapazitäten, zusätzliche und verbesserte Haltepunkte sowie größere Zuverlässig-
keit.

10

Der UB-Parteitag möge deshalb beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, die nachfolgenden Forderungen in die
Bürgerschaft als Beschlussanträge einzubringen. Dort, wo die Bundesgesetzgebung be-
troffen ist, wird der Senat gebeten die Forderungen in die Verkehrsministerkonferenz
sowie über den Bundesrat in die Bundesgesetzgebung einzubringen. Wo gemeinsame
Interessen mit Niedersachsen betroffen sind, wird das Land Bremen zu gemeinsamen
Vereinbarungen aufgefordert.

15

Ausbaubedarf des SPNV in infrastruktureller Hinsicht

20

1. Zentrale Forderung ist der Bau eines 3. und grundsätzlich auch eines 4. Gleises
zur Entflechtung von Güter- und Personenverkehr als zwingende Voraussetzung
für eine Taktverdichtung im SPNV auf 10, max. 15 Minuten.
2. Zentrale Forderung ist außerdem die gravierende zeitliche Verkürzung der Pla-
nungs- und Genehmigungsverfahren von Infrastrukturmaßnahmen der Eisen-
bahn.
3. Zügige Einrichtung zusätzlicher Haltepunkte, wie gemäß Anlage 2 des zur An-
tragsbegründung angefügten Positionspapiers des AK KUNaWi und zusätzlich
ein Haltepunkt an der Strecke Bremen-Osnabrück im Gewerbegebiet Hansalinie.

25

30 Zur schnelleren Umsetzung werden folgende Maßnahmen auf politisch-administrati-
ver Ebene des Landes Bremen gefordert:

4. Mehr Nachdruck beim Bund um personelle Planungs- und Genehmigungskapa-
zitäten bei DBAG, DB Netz, d. h. DB Engineering & Consulting und EBA bereitzu-
stellen
- 35 5. Mehr Nachdruck beim Bund um Genehmigungsverfahren per Gesetzgebung zu
verkürzen
6. Stärkere Verfolgung bzw. Einforderung einer effizienten Projektsteuerung, um
die sich in Planung befindenden Projekte fristgerecht umzusetzen
7. Noch stärkere Initiativen seitens der politischen Spitzenkräfte (Bürgermeister,
40 Abgeordnete, etc.) sowie Überzeugungsarbeit der Wirtschaftsvertreter (Häfen-
Nutzer: exportierende KFZ-Industrie, allg. Importeure und Exporteure) um das
Problem in den Fokus zu bringen, ebenso seitens der Verantwortlichen beim Se-
nator für Wirtschaft und Häfen.

45 Weitere Forderung zur Entlastung des Knotens Bremen

Um genügend freie Streckenkapazität für den Personenverkehr und besonders für den
SPNV (Takterhöhung) zur Verfügung zu haben, werden außerdem Maßnahmen zur
Entlastung des Bahnknotens Bremen in Form von Güterumgehungstrecken gefordert.

50 Weitere Maßnahmen zum SPNV im Großraum Bremen

Für die „Bedienung in der Fläche“ ergeben sich als Forderungen:

1. Umstellung von Dieseltriebwagen auf CO₂-neutralen Betrieb
2. Reaktivierung von für den SPNV zusätzlich nutzbaren Bahnstrecken

Hierzu zählt die Reaktivierung von zzt. nicht im Personenverkehr betriebenen Strecken
55 für den SPNV im Umland von Bremen:

- Bremervörde-Osterholzer Eisenbahn (BOE)
- Delmenhorst-Harpstedter Eisenbahn (DHE)

- Bremen-Thedinghauser Eisenbahn (BTE), bereits in Planung als Straßenbahn mit Verlängerung der Linie 8 von Huchting/Roland Center bis kurz hinter Bf Leeste.

60 Steigerung der Zuverlässigkeit des Bremer SPNV

Da der Betrieb des Bremer SPNV in den letzten Jahren nicht frei von Problemen gewesen ist, wird gefordert, dass Regio-S-Bahn/NordWestBahn/Transdev durch SKUMS als zuständiges Ressort stärker geführt und überwacht wird.

Hierzu ergeben sich im Einzelnen die folgenden Forderungen:

- 65 1. Bei Fehlentwicklungen (wie z. B. den aufgetretenen, langen anhaltenden Zugausfällen) muss das zuständige Ressort (zzt. SKUMS) das beauftragte Verkehrsunternehmen (d. h. NordWestBahn/Transdev) zügig zum Gegensteuern zwingen. D. h. z. B. Zugausfälle stärker sanktionieren, aber auch ggf. Vertragsauflösung androhen
- 70 2. das zuständige Ressort (zzt. SKUMS) muss Politik und die Öffentlichkeit eigenständig, unaufgefordert und transparent über Gegenmaßnahmen informieren
3. Vorhaltung von mehr Triebfahrzeugpersonal und mehr Reservetriebwagen durch NordWestBahn/Transdev in die Ausschreibungs- und Vertragsunterlagen aufnehmen, da sich nur durch einen ausreichenden Ressourcenpuffer, bei Ausfällen von Personal und/oder Triebwagen, Zugausfälle vermeiden lassen
- 75 4. Vermeidung der Personalfluktuaton durch bessere, deutlich sozialere Arbeitsbedingungen
5. das zuständige Ressort (zzt. SKUMS) sollte Controlling gegenüber der Fachaufsicht verständlicher machen und zur Verbesserung der Transparenz die Abrechnungsunterlagen (mithilfe eines Tools zu geleisteten/ausgefallenen Zugleistungen)
- 80 6. analysieren und offenlegen

Außerdem wird zum Ausschreibungs- und Vergabeverfahren beim SPNV gefordert:

- 85 6. Die gesamte Kostenkalkulation muss als Teil des Angebots vollständig offengelegt werden und überprüfbar sein.

Überweisung des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 20. November 2021	2021	A41
--	-------------	------------

7. Bei Unklarheiten und Fragen des Auftraggebers muss der Anbieter die Transparenz der Kostenkalkulation nachbessern.
8. Die Besitzer bzw. Anteilseigner von Anbietern von Zugleistungen müssen sich zum Haftungsdurchgriff vertraglich verpflichten und auf Einrede und Einwendung gegen den Haftungsdurchgriff vertraglich verzichten.
9. Bei unzuverlässiger Betriebsführung (monatelange Zugausfälle) muss das anbietende Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) und dessen Konzernunternehmen in den nächsten 10 Jahren vom Bieterverfahren bundesweit durch entsprechende Bundesverordnung ausgeschlossen werden.
10. Schaffung eines länderübergreifenden Gremiums zur Zusammenarbeit und dem Austausch der SPNV-Auftraggeber.